

Wer braucht den DGB?

Kein Widerstand gegen Hartz IV, Durchlöcherung der Tarifverträge, Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung... Haben die Gewerkschaften (sich) aufgegeben?

Von Rainer Trampert

»Daß der Herr mehr Güter hat denn sein Knecht, und doch der Knecht mehr arbeiten muß denn der Herr, das will Gott also haben. ... Knechte sollen für seuberliche Arbeit noch Lohn zugeben und froh werden, daß sie einen Herrn haben.«
Martin Luther

Ich weiß nicht, wann sie aufhören werden zu existieren, aber Gewerkschaften, wie wir sie kennen, wird es in Deutschland bald wohl nicht mehr geben; vermutlich nicht einmal pro forma. Eine Entwicklung wie in Großbritannien? Nein. Dort rückte Margaret Thatcher ihnen mit Gesetz und Polizei auf den Pelz, und Toni Blair durfte danach den Biedermann spielen. In Deutschland müssen (wenn gerade Demokratie herrscht) Sozialdemokraten die Arbeiter verhauen. Die anderen sind zu weich – vielleicht, weil sie im Unterschied zu den Sozialdemokraten wiedergewählt werden wollen.

Gegen die Gewerkschaften aber muß die SPD sich nun nicht mehr sonderlich bemühen. Die werden einfach verschwinden, widerstandslos, wie die DDR. Ersetzt werden sie, mag sein, durch Betriebsräte neuen Typs, die die Zuständigkeit für Tarife und Betriebsverfassungen übernehmen.

Der Insolvenzverwalter der Zukunft wird sagen, die Selbstverantwortung des Menschen ersetze heute das Sicherheitsdenken jener Moderne, die auch Hitler, Stalin und die DDR hervorgebracht habe. Für marktunfähige Charaktere gebe es Armenhäuser. Die Flächentarife seien aufgehoben. Betriebsräte und Manager würden in Betriebsgemeinschaften Löhne, Arbeitszeiten und Einsatzorte festlegen. Im

nationalen Standort-Ausschuß hätten beide vereinbart, Gewerkschaftsfunktionäre aus Aufsichtsräten auszuschließen. Der Auftrag der Gewerkschaften sei damit obsolet geworden. Ihr Vermögen komme einer Stiftung für hungernde Kinder in der Lausitz zugute. Auf Nachfragen wird er antworten, die Betriebsräte hätten Manager zum Verzicht einiger Sondervergütungen bewegt und so zum Frieden in Betrieb und Republik beigetragen. Im übrigen fehle Außenstehenden der Einblick. Als IG-Metall-Chef Peters die ostdeutschen Metalller noch für 35 Stunden habe kämpfen lassen, seien die Betriebsräte von der Notwendigkeit einer 48-Stunden-Woche längst überzeugt gewesen. Nein, gravierende Verstöße gegen das Standortschädigungsverbot habe man Peters und Bsirske nicht nachweisen können. Hartz XII werde sich mit Tagelöhnern beschäftigen. Ja, das sei eine Enttäuschung gewesen. Erst habe man sich gefreut, daß deutsche Firmen ihr Kapital aus Osteuropa abzogen, doch als man gesehen habe, wie wenig ... Ja, der ange drohte Abzug amerikanischen Kapitals habe Spannungen ausgelöst. Die Betriebsräte von Opel und Ford hätten aber die 52-Stunden-Woche angeboten. Nun müsse man eben abwarten ...

Wozu Gewerkschaften?

Die Gewerkschaften haben ausgespielt. Nicht wegen Mitgliederschwunds, den haben schließlich alle politischen Anbieter: die SPD, die CDU, am meisten FDP und PDS, die mittlerweile ein Drittel bzw. die Hälfte ihrer Mitglieder einbüßten. Es ist wegen ihres zügigen Bedeutungsverlusts.

Ein Jahr liegt zwischen dem gescheiterten

Streik für die 35-Stunden-Woche im Osten und den Beschlüssen zur Arbeitszeitverlängerung bei Siemens und Daimler. Der Streik kollabierte damals, weil Betriebsräte und Manager im Westen übereinkamen, den Produktionsausfall zu kompensieren. Der IG-Metaller Hasso Düvel sagte, er »hätte es nie für möglich gehalten, daß Betriebsräte im Westen mitten im Arbeitskampf ihren streikenden Kollegen im Osten derart in den Rücken fallen würden«. Der Vorgang markiert den Beginn einer neuen Epoche.

Betriebsräte und Manager perforieren mit Hilfe von Betriebsmodellen die Flächentarife. Warum sollte jemand noch Mitglied einer Gewerkschaft sein, wenn sie mit Löhnen, Arbeitszeiten und -bedingungen nichts mehr zu tun hat? Romantische Erwägungen zählen nicht.

Noch sollen im Westen 63 Prozent und im Osten 45 Prozent der Arbeitnehmer unter den Flächentarif fallen. Doch ihre Zahl sinkt so schnell wie der Einfluß der Gewerkschaften in den Betrieben. Wenn die IG Metall sich nicht füge, sagt der niedersächsische Metall-Boß Dietrich Kröncke, werde man den Tarifverband verlassen und »mit Betriebsräten oder Belegschaften eine Lösung suchen«. Betriebsräte protestieren längst nicht mehr gegen die Verbannung ihrer Gewerkschaft, sondern präsentieren sich stolz als die zeitgemäße Form der Arbeitnehmervertretung. Als Peters darauf achten wollte, daß mit der 40-Stunden-Woche bei Siemens »nicht ein Scheunentor aufgestoßen« werde, ernannte der Betriebsrat im Erfurter Werk Siemens-Chef Pierer zum »Ehren-Betriebsrat«.

Doch die »letzte große Mutprobe« steht Kanzler Schröder erst noch bevor, mahnt die »Süddeutsche Zeitung«: Er habe »durch Gesetz für eine Öffnung des Arbeitsmarktes« zu sorgen, denn »noch immer wirken die Flächentarifverträge wie Einstellungssperren«.

Betriebsfamilien-Idyll

Die Paradoxie der Entwicklung liegt darin, daß der Kapitalismus in seiner Regression zum Marktdarwinismus die Gewaltverhältnisse der Klassengesellschaft völlig offenlegt und manche der von ihnen Betroffenen sich zur gleichen Zeit eine Gesellschaft ohne Gewerkschaften wünschen. Der DGB hat in den vergangenen Jahrzehnten viel dazu beigetragen, indem er sich jeder neuen Bewegung als Industrie-Polizei in den Weg stellte. Gewerkschaften »modernisierten« sich und wurden zu einem Techno- und Comedybetrieb, für den sich das Publikum jedoch nicht interessiert.

Dem Kapitalismus, der kassiert, was frühere Generationen erkämpft oder verhandelt haben, begegnet es animistisch: wie einem Ungeheuer, das sich durch Unterwerfungsgesten besänftigen ließe. Laut Umfragen sind nur noch 27 Prozent der Bevölkerung für Flächentarife, 1994 sollen es noch 60 Prozent gewesen sein. Die Mehrheit bevorzugt individuelle Verträge oder die Betriebsfamilie. Die Arbeitszeit wollen 81 Prozent der Erwerbstätigen und 74 Prozent der Gewerkschafter betriebsintern regeln. Vier Fünftel möchten gern länger arbeiten, ohne dafür bezahlt zu werden.

DAIMLERCH



Foto: dpa

»Gemeinsamer Wille«: Vorstandschef Schrempp, Vorstände Hubbert, Fleig und der Betriebsratsvorsitzende Klemm (2.v.l.) nach der Einigung über die Einsparung von 500 Millionen Euro bei Löhnen und Gehältern

Seit 1945 war der Einfluß der Gewerkschaften in Deutschland nie so gering wie heute, doch 52 Prozent der CDU- und sogar 62 Prozent der SPD-Wähler finden sie noch immer zu mächtig.

Nun soll der Nutzen der Flächentarife nicht überbewertet werden, doch folgen sie immerhin dem Gedanken, für die gesamte Klasse oder die Beschäftigten einer Branche einen einheitlichen Preis zu erzielen. Sie bilden so das strukturelle Fundament für betriebsübergreifende Solidarität. Betriebsräte schauen dagegen immer häufiger auf den Absatz des »eigenen« Produkts, so als gehöre ihnen der Profit; ihr Bewußtsein beruht auf dem Wettbewerb der Werke. Manchmal lauert der Feind sogar im »eigenen« Unternehmen: Sindelfingen muß Bremen ausstechen!

Die Auto-Gewerkschafter

Die Gewerkschaften legten selbst Hand an bei der Übertragung ihrer Befugnisse an die Betriebsräte. Im Glauben, ausgerechnet so ihre Entmachtung hinausschieben zu können, durchlöchernten sie die Flächentarife mit betrieblichen Sonderkonditionen. Die logische Konsequenz ist der Verzicht auf Mitwirkung. Peters hatte bei VW mit dem Personalchef und Kanzlerberater Hartz das Modell »5.000 mal 5.000« ausgehandelt. 5.000 Arbeiter kriegen 20 Prozent weniger Lohn, wenn sie dafür das Unternehmerrisiko tragen. Ist der Plan in regulärer Zeit nicht erfüllt, müssen sie unentgeltlich nacharbeiten.

Das »Hamburger Abendblatt« wies darauf hin, daß Betriebsräte bei derlei Abkommen die »Schlüsselrolle« spielen. Nur mit ihrer Hilfe

könne die Leistung gesteigert und trotzdem die »Motivation der Mitarbeiter« erhalten werden. Das Blatt hat eine Vision: »Hier hat das deutsche Konsens-Modell seine Zukunft.«

In dieser Zukunft leben wir bereits. Die Übereinkunft bei Daimler ist die Zäsur. Diese Übereinkunft gilt für alle Daimlerianer. Die Medien sahen in ihr das Ergebnis eines »Stellvertreter-Kampfs für die gesamte deutsche Tarifpolitik«.

Daimler-Benz ist das Zentrum der Automobilbranche, und die ist der Motor der deutschen Mehrwertproduktion. Ihr wird mit allen ihren Vernetzungen ein Drittel des Sozialprodukts zugeschrieben. Die IG Metall ist der Widerpart in diesem Zentrum. Metalller streikten einen Winter lang (1956/57) für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, sie waren Initiatoren der wilden Streiks 1969 und kämpften 1984 für die 35-Stunden-Woche. Die Arbeit auf alle verteilen zu wollen, enthielt noch den Anspruch auf Solidarität mit Arbeitslosen, auch wenn viele Betriebsräte diese Absicht in eine Lohnerhöhung verwandelten.

Bei Daimler-Benz sollte das Kleinbegeben der IG Metall inszeniert und zelebriert werden. Mehrere Fernsehsender übertrugen die Show live. Konzern-Chef Schrempp, Betriebsrats-Chef Klemm und einige Manager betraten die Bühne. Kommentatoren würdigten die Abwesenheit der Gewerkschaft. Schrempp sprach von einem »Pakt«, der »vom gemeinsamen Willen geprägt« sei, das Unternehmen »nach vorne zu bringen«, die Einigung habe »Modellcharakter für Deutschland«. Zwar verlieren die Mitarbeiter viel, bekommen dafür aber die Chance, »den heimi-

schen Standort« zu »gewinnen«. Dann sagte Klemm: »Ich bin stolz, das Sparziel ist erreicht!«

Der Betriebsrat hatte, obwohl es, wie selbst die »Zeit« bemerkte, den deutschen Unternehmen »glänzend geht«, den Wunsch des Konzerns erfüllt, beim Personal eine halbe Milliarde Euro einzusparen. Ohne Not, denn »mit Abwanderung ins Ausland« hatte niemand gedroht, »nur mit der nach Bremen« (»Spiegel«). Dort aber reichen die Kapazitäten gerade mal fürs Schutzblech der A-Klasse. Im einzelnen, sagte Klemm, werde die Lohnlinie für alle um knapp drei Prozent gesenkt, die Arbeitszeiten bis auf 40 Stunden verlängert, der Urlaub gekürzt, »neue Mitarbeiter« bekommen »deutlich weniger«, das Dienstpersonal soviel wie außerhalb des Unternehmens, also die Hälfte. Als man schon dachte, nun langt es aber, garantierte Klemm dem Unternehmen mit dem »Ära-Tarifvertrag« bis 2012 Planungssicherheit. Betriebsfrieden für sieben Jahre! Der Zeitraum umfaßt den Modellzyklus neuer Autos.

Sofort kündigten VW, MAN, Opel, Ford, Conti-Gummi, Bosch, Bahn-AG, Thyssen-Krupp und andere Konzerne an, es Daimler gleichtun zu wollen. Die Bauwirtschaft forderte derweil schon mal die 42-Stunden-Woche.

Die IG Metall weiß, daß sich in Sindelfingen ein »Dammbruch« ereignete, ihr Bezirksleiter sagt: »Was jetzt passiert, ist dramatisch.« Die US-Handelskammer ist verblüfft über das, was da »zum ersten Mal in der deutschen Nachkriegsgeschichte« geschehen sei. Arbeitgeberpräsident Hundt läutet die Epoche der »neuen, bemerkenswert positiven Tarifautonomie« ein, »ohne Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände«. Die »Betriebsparteien« würden nun die Tarifpolitik ohne »außenstehende« Gewerkschafter, bei denen man »teilweise eine ideologische und radikale Blockade« registriere, »eigenverantwortlich gestalten« und »die Wettbewerbsfähigkeit vieler Betriebe verbessern«.

Der Beginn einer neuen Etappe deutscher Sozialgeschichte darf durch keine Fahrlässigkeit verpfuscht werden. Deshalb ermahnt Hundt übereifrige Unionspolitiker, die sich über den kläglichen Kündigungsschutz hermachen wollen, nicht »täglich eine neue Sau durchs Dorf zu treiben«. Seiner Zunft legt er ans Herz, auf öffentliche Siegesfeiern tunlichst zu verzichten. Sie seien »nicht förderlich«. Betriebliche Verhandlungen sollten »auf betrieblicher Ebene stattfinden – und nicht auf den Titelseiten der Zeitungen«. Das galt Peter Hartz, der lauthals verkündet hatte, VW werde das gesamte Lohnniveau in ein paar Jahren um 30 Prozent gesenkt haben, genau die Marge, die in Wolfsburg mehr gezahlt wird als in niedersächsischen Metallbetrieben.

Her mit dem Geld!

Wonach der Kapitalismus strebt, ist das eine, was er politisch durchsetzen kann, das andere. Er will lieber in Betrieben die Arbeitszeit unbezahlt ausdehnen, als neue Leute einzustellen. Das Lohnniveau wird gesenkt, die Arbeit vom Stamm-Personal erledigt. Eine Notwendigkeit, weil die Arbeitslosenreserve durch

Milch für Kubas Kinder

2004 soll die landwirtschaftliche Produktion Kubas um 3,7 % steigen, um die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung zu verbessern. Unsere Milchprojekte sind fester Bestandteil dieses Vorhabens.

In den drei Projekten (Havanna, St. Spiritus und Guantánamo) wurde 2003 die Produktion von Milch um durchschnittlich 20,5 % erhöht, das sind 360 000 Liter mehr als 2002. Neben Investitionen in die Produktion finanzierten wir 2003 Neubau und Modernisierung von 31 Wohnungen, den Bau einer Schule sowie von 26 Biogasanlagen.

Unser Dank an alle, die mit ihren Spenden zum Erfolg dieser Projekte beitragen und deren kontinuierliche Fortsetzung ermöglichen.

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker!

Sonderspendenkonto beim Parteivorstand der PDS/Cuba Si Nr. 13 2222 10, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00
VWZ: Milch für Kubas Kinder

Cuba si

e-mail: berlin@cuba-si.org
Internet: www.cuba-si.org

Cuba Si - AG der PDS
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon: 030-24 009 455
oder: 030-24 009 456
Fax: 030-24 009 409



Darjeeling first flush Sonderangebot

1 kg 17 €
5 kg Box 80 €

TEELICHT-TEEVERSAND

Caspar-Voght-Str. 90, 20535 Hamburg
Tel. 040/200 82 90 Fax 040/200 24 45

www.teetrinken.de

Wer braucht ...

schnelle Modernisierungsschübe den Anschluß verliert und »untauglich« wird. Die Löhne werden aber darüber hinaus so kräftig gekürzt, daß Keynesianer und der Lebensmittelhandel, der lediglich sechs Prozent zum Sozialprodukt beisteuert, gemeinsam bangen, die mangelnde Konsumnachfrage könnte dem Kapitalismus Schwierigkeiten bereiten.

Die Furcht ist im wesentlichen unbegründet. Daß es ihm mit stagnierendem Konsum gutgehen kann, beweisen steigende Profite und optimistischere Wachstumsprognosen. Sein Antriebsmotor ist der Profit, nicht der Konsum. Der Kapitalismus benötigt zwar auch Konsum im eigenen Land; manchmal aber muß mehr Arbeitszeit für die Kapitalmodernisierung zu Lasten des Verzehrs eingesetzt werden.

Auch würde es die Nachfrage wohl stimulieren, wenn mehr Geld unters Volk käme, denn viele Menschen klammern sich aus Furcht vor der Zukunft an ihre Sparguthaben. Erhöhte man die Löhne, senkte das den Gesamtprofit, was aus Sicht des Kapitals ein ungedeckter Wechsel bliebe: Garantiert irgend jemand, daß der zusätzliche Lohn am Ende wirklich wieder dort landet, wo er hin soll, nämlich in den Kassen der Unternehmen? Womöglich sparen die Arbeiter lieber.

In solchen Zeiten senkt der Kapitalismus die Löhne und zwingt auf diese Weise Menschen, die ihren Lebensstandard halten wollen, die Sparbücher zu plündern. »Denn das allgemeine Sparen zeigt den Kapitalisten, daß ihr Lohn allgemein zu hoch steht« (Marx). Außerdem kostet Geld, das sie sich per Lohnsenkung mittelbar von den Spargeldern nehmen, nichts. Holen sie es sich über Kredite, fallen Zinsen an. »Der Arbeiter soll sparen« für die Risiken des Lebens, geht das Sparen aber darüber hinaus, ist »Herabsetzen der Löhne« die Folge, oder »der Staat frißt die Ersparnisse auf«. So kommt es, daß Menschen »in Zeiten der Prosperität allem Lebensgenuß entsagen« und »in Zeiten der Krise ihre Depositen verlieren« (Marx).

Anders verhält es sich mit dem Geld der Arbeitslosen, das der Staat abschöpft, um es im Zuge seiner Entschuldung in den Kapitalkreislauf zu lenken. Arbeitslose stellen fürs Kapital keinerlei verwertbaren Wert her, verzehren aber Werte aus den produktiven Sektoren. Das Anwachsen der Gruppen, die keine Werte beisteuern, senkt die Profitproduktion und stellt die kapitalistische Reproduktion latent in Frage.

Nicht zu kritisch

Die Entwürdigung der Arbeitslosen ist überdies ein gesellschaftliches Erziehungsmodell. Die Erhaltung der Arbeitsdisziplin beruht wesentlich darauf, daß es Arbeitslosen sichtbar dreckig geht: unterversorgt, entwürdigt und zu jeder Arbeit gezwungen. Der Werkbus sammelt in einem ostdeutschen Dorf montags junge Menschen ein, verfrachtet sie nach Bremen, wo Zehn-Stunden-Tag und Schlafkammern auf sie warten, und läßt sie sonnabends wieder im Dorf aus.

An dieser Stelle treffen sich das Standortmodelle Daimler und Hartz IV. Nach einer Forsa-Umfrage packt 59 Prozent der Angestellten und 83 Prozent der Arbeiter die nackte Angst bei der Vorstellung, sie könnten arbeitslos werden. Angst fördert Willfährigkeit. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, weshalb die Kritik von IG Metall und Verdi an Hartz IV ein Ärgernis darstellt, zumal die Beschäftigten nicht nur ihre Sparbücher erleichtern, sondern sich über die Senkung der Lohnzusatzkosten auch an Arbeitslosen schadlos halten sollen. Um so wichtiger ist eine Figur wie der Betriebsrat Klemm, der am Ende der Pressekongress doch noch bewies, daß er ein Kind der höheren DGB-Schule ist. Dort wird das Ersticken kritischer Reflexionen bis zur Perfektion gepaukt. Die Methode: Man verkaufe Niederlagen als Erfolg und lenke die Aufmerksamkeit sofort auf ein neues Thema, bei dem es um nichts geht, trage es aber vor, als ginge es ums Ganze.

Jedem das Seine

»Wer Wasser predigt, darf nicht Wein saufen«, sagte Klemm. Die Manager versprochen, auf zehn Prozent ihrer Basisbezüge zu verzichten. Ein Obolus für die Erhaltung der Freundschaft. Früher war es Sache der Herrscher, die Ausplünderung der Untertanen mit der Geste eigenen Verzichts zu begleiten. Heute wird die Volksgemeinschaft von den Abhängigen eingeklagt. Die Manager-Kapitalisten haben bisher an derlei gar nicht gedacht. Sie trieben ihre Saläre in die Höhe und lachten in die Kameras, um ihre Freude am Reichtum auszudrücken. Doch wenn es den Hanseln hilft, sich über ihren eigenen Kotau hinwegzulügen, ist der kleine Abschlag nach der Verdreifachung der Bezüge in den letzten sechs Jahren gut angelegt.

Der DGB grapscht nach den Managerbezügen wie der Ertrinkende nach dem Strohhalm. Er wird zu diesem Zweck Ende September seine Aufsichtsräte der 30 im Dax erfaßten Konzerne einberufen. Selbstverständlich will er die Debatte »nicht unter dem Neid-Aspekt führen«. Soll der Arbeitslose, dem die Wohnungseinrichtung geplündert wird, sich über die Prasserei der Reichen freuen? Nicht unbedingt, er soll nur sachlich bleiben.

Überall spielen deshalb Gewerkschafter und Betriebsräte neid- und einflußlos mit Vorstandsgehältern. Ihnen zur Seite stehen Ethiker, denen der Grundkonsens der Gesellschaft am Herzen liegt. Der lautet: »Rheinischer Kapitalismus« versus »Angloamerikanischer Kapitalismus« (»SZ«). Hauptsache, Kapitalismus. Der Chef der Hans-Böckler-Stiftung kündigt die »volle Einmischung der Arbeitnehmerseite« an. Ein DGB-Mann will »mit Vernunft und Moral argumentieren«, weil man über keine rechtliche Handhabe verfüge. Opel-Betriebsrat Franz möchte 60 Prozent der Vorstandsbezüge in einen »erfolgsabhängigen Anteil umwandeln«, der »am Börsenwert« zu messen sei. Ein rundes Konzept: Erfolg basiert auf maximaler Ausbeutung der Kollegen, und der Börsenwert ist Sache von Spekulanten. »Schön, daß die Gewerkschaften jetzt das Thema Vorstandsgehälter entdecken«, schreibt das »Handelsblatt«, das sei ein »Bekenntnis zur Aktionärsdemokratie«.

Schröder sorgt für Sonnenschein

DGB-Chef Michael Sommer treibt eine andere Sorge um. »Die Ankündigungen sind kaum zu überhören, daß das, was mit der Tarifpolitik begann, bald schon die Mitbestimmung erfassen wird.« Richtig, die Gewerkschaftsvertreter fliegen aus den Aufsichtsräten, Betriebsräte werden die gutdotierten, aber reduzierten Plätze einnehmen, und niemand wird sich daran stören. Sommer will die »marktwirtschaftliche Ordnung« garantieren, er bietet »Eigentumschutz« und »hohe Leistungsbereitschaft«, will »die Wertschöpfungskette organisieren« und weiß sogar: »Das kann nicht ohne grenzüberschreitende Fusionen wie Übernahmen von Unternehmen und Konzernen gelingen.« Er ist für »Erneuerung« und erinnert an den »Umbau von Preussag zu TUI«. Weil er aber ahnt, daß er fürs Fusionieren und Übernehmen nicht benötigt wird, hat er damit nur beschrieben, daß er überflüssig ist. Deshalb greift er zur Denunziation, spricht von Kollegen, die »in Aufsichtsräten nicht sinnvolle Allianzen« geschmiedet hätten, und verspricht, daß es mit ihm »Klassenkampftätigkeiten« nicht geben werde. Symptomatisch für den Niedergang der Gewerkschaften.

Politisch haben die Gewerkschaften schon lange ausgespielt. Ihr symbiotisches Verhältnis zur SPD war immer ein Akt der Selbstverklavung. Nun hat die SPD das Versprechen, nur im Einvernehmen mit den Gewerkschaften lasse sich Sozialpolitik gestalten, als Lüge kenntlich gemacht und stellt die Gewerkschaftsgesinnung à la Bsirske oder Peters an den Pranger oder ins Museum. Die SPD wird aber im Unterschied zu den Gewerkschaften für den Frieden im Lande noch gebraucht. Die Lage ist selbst Konservativen nicht geheuer, weshalb sie sich um die Wiederbelebung der SPD bemühen. »Schröder-Aufschwung II sorgt für Sonnenschein«, erklärten die Meteorologen der »Welt am Sonntag«.

Bund der heimatvertriebenen Sozialdemokraten

Die deutsche Sozialdemokratie ist noch nicht weg vom Fenster. Sie hat auf dem Weg zu New Labour nur ihre Integrationskraft eingebüßt, so daß die alte Sozialdemokratie heute in vier Sektionen zerfällt: in SPD, Grüne, PDS und »Wahlalternative«. Die Unterschiede sind gering, unter Berücksichtigung der engen Regierungsgrenzen sogar beinahe unkenntlich. Die PDS saniert Berlin wie Rotgrün das Land. Die Grünen stehen nicht rechts von der SPD, sondern mittendrin. »Bluthund« Clement und Lagerkommandant Schily lassen sich von Fischer, der für deutschen Krieg und Mehrwertraub zuständig ist, die Butter nicht vom Brot nehmen.

Die »Wahlalternative« könnte mit Oskar Lafontaine Anlaufstelle für heimatvertriebene Sozialdemokraten, Denkmittel-Wähler der CDU und unglückliche Grüne werden. Lafontaine hat sich noch nicht entschieden, aber Bedingungen formuliert. Seine Politik steht »mit beiden Beinen in der SPD«, orientiert sich an »Konjunkturprogrammen der Regierung Helmut Schmidt«, treibt den Euro-Nationalismus gegen den »Angloamerikanismus« und ficht für Flüchtlingslager in Afrika, um die »Sozial-

ausgaben für Flüchtlinge nicht weiter zu erhöhen«. Wer diesen Mann »besonders herzlich willkommen« heißt, statt sofort Türen und Fenster zu schließen, hat den Naivitätsbonus verspielt.

Die genannten vier Sektionen werden die ohnehin geschwächten Gewerkschaften in innere Zerreißproben treiben. Die einen wollen mit dem Kanzler, wie der Chemie-Gewerkschafter Schmoldt, der es mit »der Wirklichkeit hält«, in der es »auch um Verzicht« gehe und in der »alte Schlachten nicht mehr geschlagen« würden, und der sagt: »Die Linie des Kanzlers stimmt.« Andere werden mit Bsirske und Peters der SPD den Bruch der eigenen Werte vorhalten, wieder andere bei der PDS oder der Wahlalternative unterkriechen.

Warum formiert sich kein Widerstand? Die meisten stecken im marktwirtschaftlichen Kokon. Ihre Rundumerfassung ist sublimier geworden, prägt auch ihre Freizeit, in der sie sortiert und in Betrieb gehalten werden. Soziale Befreiung gilt als falsches Versprechen einer vergangenen Epoche. Verstärkt wird dieser Eindruck durch den Sieg des Kapitalismus in Osteuropa: Wenn auch die alle den Markt wollten, kann er wohl so schlecht nicht sein. Alles aber wird durch die erzeugte Angst erst wirksam.

Auch der Globalisierungsmythos hat dazu beigetragen, das Denken zu ruinieren. Dem Verlangen nach Volksgemeinschaft steht der Glaube zur Seite, daß Kapital und Staat dem Verdikt des globalen Marktes ebenso ausgeliefert seien wie der Kantinenarbeiter in Sindelfingen. Wie einst das Menschenopfer die Götter besänftigen sollte, so wird heute versucht, durch Verzicht das Ungeheuer der »Globalisierung« milde zu stimmen, wobei in den Hintergrund rückt, daß das Kapital die Vorzüge des deutschen Standortes durchaus genießt.

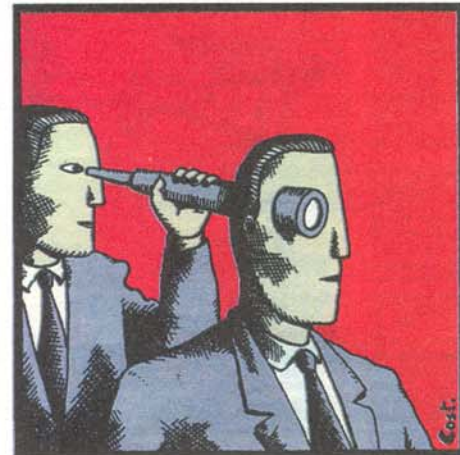
Es geht auch anders

Die Gewerkschaften werden den einzigen Ausweg, sich in eine proletarische Apo zu verwandeln, nicht beschreiten. Die Aktivitäten der Proleten konzentrieren sich derzeit darauf, Spargroschen vor dem Staat in Sicherheit zu bringen. Verzweiflungstaten werden folgen. Besucher von Arbeitsämtern werden Kontrollen durchlaufen wie auf Flughäfen.

Und es gibt wieder Montagsdemos. Können die nicht mal einen anderen Tag wählen und versuchen, vom Wir-sind-ein-Volk-Pathos loszukommen? Aber das ist eine rhetorische Frage. Vor allem müßten die mitmarschierenden Nazis rausgeworfen werden. Dann sollte man mit dem Thüringer DGB-Chef sprechen, der Clement entgegnete, die Forderung nach »Teilhabe an der Arbeit« im Jahr 2004 impliziert ebenso »Freiheit wie 1989«. Wenn Rufe nach deutscher Zusammengehörigkeit und nach Arbeit an sich ertönen, bleibt die Abgrenzung zu den Nazis allerdings nur eine bedeutungslose Formalität. Da lobe ich mir den arbeitslosen Maurer aus Bremerhaven, der nachts den Eingang zum Arbeitsamt zumauert.

Rainer Trampert schrieb in KONKRET 5/04 über die EU-Osterweiterung

KULTUR DER POLITIK



POLITIK DER KULTUR

Freitag

Die Ost-West-Wochenzeitung

PROBEABONNEMENT

LESEN SIE DEN FREITAG 3 WOCHEN LANG KOSTENLOS UND UNVERBINDLICH FÜR SIE.

Name, Vorname

Strasse, Nr.

Plz., Ort

Telefon

COUPON AUSFÜLLEN, AUSSCHNEIDEN UND EINSENDEN AN:
FREITAG VERLAG, POTSDAMER STR. 89, 10785 BERLIN